



SGV e.V. • Geschäftsstelle • Licher Str.19 • 35447 Reiskirchen

Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V.

Datum 02.04.2007

An die Medien

Per e-mail

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

Pressemitteilung Mit Bitte um umgehende Veröffentlichung

Jagd auf Vogelsberg-Kommunen - Privates Kapital will sich in Wasser- und Abwasserbetriebe einkaufen

SGV Geschäftsstelle
Licher Straße 19
35447 Reiskirchen
Tel. 06408 / 610540
Fax 06408 / 968628
info@sgv-ev.de

Die Städte sind zum großen Teil abgegrast, jetzt ziehen sie aufs Land: die Heuschrecken privater Kapitalanleger. So werden in Mittelhessen gegenwärtig etliche Kommunen von internationalen Investmentgesellschaften, die mit der Infrastruktur von Städten und Gemeinden viel Geld verdienen, goldene Berge versprochen, wenn sie diesen Anbietern ihre Anlagen zwecks Betriebsführung oder Kauf überlassen. Besonders aktuell sind die Angebote des weltweit agierenden, französischen Veolia-Konzerns, der unter der Tarnkappe ‚Mittelhessische Wasser und Abwasser GmbH‘ (MHWA) im nördlichen Vogelsberg auch Mitglieder der Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) zu einer ‚Abwasser-Partnerschaft‘ zu überreden versucht.

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzende
Britta Kreß

Schriftführer
Tilo Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

BeisitzerInnen
Dr. Wolfgang Dennyhöfer
Gudrun Huber-Kreuzer
Walter Pfeifer

Dies geschieht weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Denn je besser die Kenntnisse über die Methoden und die wahren Ziele der Investmentgesellschaften vor Ort sind, desto größer wird meist der Widerstand gegen eine Beteiligung von internationalem Privatkapital an der örtlichen Ver- und Entsorgung. Und das mit gutem Grund: die Erfahrung lehrt, dass diese Konzerne nur so lange Interesse an den jeweiligen Städten und Gemeinden haben, wie sie über Abschreibungen oder über Gebühreneinnahmen satte Gewinne für ihre oft weltweit verstreuten Aktionäre einfahren können. Die SGV sieht sich aufgrund ihrer Recherchen und Erfahrungen gefordert, die Kommunen der Region zu ihrem eigenen Besten über die möglichen Konsequenzen aus einer eventuellen Privatisierung ihrer Eigenbetriebe aufzuklären.

Denn zu den Verlierern zählen bei solchen Geschäften so gut wie immer der Naturraum, die Investitionen in Netzsanierungen, die Arbeitsplätze und die Verbraucher. So torpediert EON als Eigner der Stadtwerke Gelnhausen den Schutz von Niedermooren gegen Grundwasserraubbau und so hat RWE seine Tochtergesellschaft Thames Water (vertragswidrig) finanziell ausgehungert, als Milliardeninvestitionen in Rohrnetze fällig wurden. Sowohl Veolia als auch RWE, Suez und andere beweisen immer wieder aufs Neue, dass sie ihre Kosten vor allem durch Entlassungen und Niedriglöhne zu senken und ihre Einnahmen durch Gebührenerhöhungen zu steigern verstehen – Millionen von Verbrauchern mussten das bereits erfahren. Ein lukratives Geschäft ist für die Konzerne oft auch das Schließen von Wasserwerken mit anschließendem Verkauf hochwertiger Grundstücke in ehemaligen Wasserschutzonen.

Damit unterlaufen Verkauf, Verpachtung oder eine privatisierte Betriebsführung von Wasser und Abwasser in vielen Fällen die gesetzliche Verpflichtung der Kommunen für eine nachhaltige Zukunftsvorsorge. Denn neben den obigen Folgen kann für viele Kommunen die Kurzlebigkeit von Tochtergesellschaften privater Ver- und Entsorger sowie der Verlust von Personal und Fachwissen im Eigenbetrieb schnell zu einem großen Problem werden. Zudem fließt durch private Beteiligungen oft der größte Anteil von erwirtschafteten Gewinnen nicht in die Kommune oder in die Region sondern in die Aktienpakete von internationalen Investoren. Da internationale Großkonzerne über ein Geflecht von Beteiligungsgesellschaften verfügen (wie z.B. Veolia mit Veolia-Environnement, OEWA Leipzig und MHW Antrifal), werden Kommunen, die Verträge mit solchen Privatinvestoren geschlossen haben, immer stärker von großen Monopolisten gegängelt, wie es das Beispiel Berlin drastisch vor Augen führt. Niemand sollte sich Illusionen über die Ziele der Salami-Taktik von Weltkonzernen hingeben, die oft mit begrenzten Beteiligungen einsteigen um dann, falls genügend Gewinne winken, die Komplett-Übernahme von Infrastruktur zu forcieren.

Die SGV warnt die Kommunen der Region eindringlich davor, ihre Eigenständigkeit und die langfristige, kommunale Daseinsvorsorge ohne Not durch eine vertragliche Bindung an private Investmentgesellschaften wie Veolia, die erst 2002 aus der Riesenpleite von Vivendi hervorgegangen ist, vermeintlichen finanziellen Vorteilen zu opfern. Nicht ohne Grund versucht gegenwärtig eine Reihe von deutschen Städten in einem Akt von ‚Re-Kommunalisierung‘, ihre verkaufte Infrastruktur wieder zurück zu kaufen – was mit sehr großen Schwierigkeiten und hohen Kosten verbunden ist. Oder, wie im Fall Hamburg, durch ein Gesetz die Privatisierung zu verbieten. Falls Städte und Gemeinden ihre Ver- und Entsorgung nicht mehr in Eigenregie erledigen können empfiehlt die SGV ihnen dringend, sich und ihre Bürgerinnen und Bürger vor einer Ausschreibung umfassend über den besten Weg zu Kooperationen schlau zu machen. Eine Begutachtung aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist als Grundlage für eine solch wichtige Entscheidung jedenfalls bei weitem nicht ausreichend. Die SGV bietet zumindest ihren Mitgliedskommunen Hilfestellung für einen umfassenden Wissenserwerb an.

Gez. Cécile Hahn, 1. Vorsitzende der SGV